

Breslauer Zeitung.



Breslauer Zeitung.

Wochentheiliger Monumentär, in Breslau 5 Mark, Wochen-Almanach, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechzehnseitigen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Exposition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten die Belehrungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 80. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Deutschland.

Berlin, 16. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Regierungsrath Wiegand zu Cassel den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; dem Udmärkischen Ritterschafts-Director von Wedell auf Malchow im Kreis Bremzau den Roth-Adlerorden 3. Klasse; dem Ge. Regierungsrath und Syndicus des neuen landschaftlichen Creditvereins die Provinz Posen Suttinger zu Posen, den königl. Kronenorden 3. Klasse; sowie dem früher kurfürstlich hessischen Hofkäffirer, nachherigen fungirenden Käffirer bei der vormaligen königl. Generalverwaltung des kurfürstlichen Hauses Hesse-Coburg, Müller zu Cassel, und dem Repostiar bei derselben Verwaltung, Gredé zu Cassel, den königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen.

[Se. Majestät der Kaiser und König] haben ein Schreiben des Herrn Präsidenten des Freistaates San Salvador vom 22. December v. J. entgegenommen, wonach der seither in der Eigenschaft eines bevolmtägigen Ministers des gedachten Freistaates bei Alerhöchstenselben beglaubigte Don Guillermo Rattengell, z. B. in London, von diesem Posten abberufen worden ist.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Carl Hoppe in Santander zum Consul des Deutschen Reiches ernannt.

Se. Majestät der Kaiser und König haben dem Bureauvorsteher und Rendanten Göthe bei der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds den Charakter als Rechnungsprüfer verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Obertribunal-Canzlei-Sekretär Müller hier selbst bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Canzleirath verliehen.

Berlin, 16. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und König] konsekrierten gestern Nachmittag mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck.

Heute Vormittag hörten Alerhöchstidieselben den Vortrag des Chefs des Civil-Gabinetts Geheimen Cabinettsraths von Wilmowski.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern im Augusta-Hospital anwesend. Heute wohnte Alerhöchstidieselbe mit ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Carl dem Gedächtnissgottesdienste für Ihre Kaiserliche Hoheit die Großfürstin Marie Pawlowna, Großherzogin von Sachsen, in der griechischen Kapelle der Kaiserlich russischen Botschaft bei.

= Berlin, 16. Februar. [Das Notenausgaberecht. — Die Naturalisation in Österreich. — Vom Bundesrat.] Die Bundesrats-Ausschüsse für Handel- und Verkehrs- und für Rechnungswesen haben bez. der Anwendung des Bankgesetzes auf diejenigen Notenbanken, welche auf das Notenausgaberecht verzichtet haben, dem Bundesrath folgenden Antrag unterbreitet: „Der Bundesrat wolle beschließen: 1) daß diejenigen Notenbanken, welche auf ihr Notenausgaberecht verzichtet haben, zur Veröffentlichung der Wochenausweise (§ 8 des Bankgesetzes), sowie zur Einsendung der zum Zwecke der Steuerfeststellung vorgeschriebenen Nachweise (§ 10 des Bankgesetzes) nicht verpflichtet zu erachten seien; 2) diejenigen hohen Bundes-Regierungen, in deren Gebiet sich solche Banken befinden, werden ersucht, diese Banken zum Zwecke der Veröffentlichung der im „Centralblatt“ monatlich zur Veröffentlichung gelangenden Zusammenstellung der auf den letzten jedes Monats bezüglichen Ausweise der Notenbanken zu veranlassen, daß sie bis auf Weiteres die entsprechenden Ausweise über ihre Verhältnisse monatlich an das Reichsanzleramt gelangen lassen.“

— Bezüglich eines Uebereinkommens mit Österreich-Ungarn über Naturalisation ist dem Bundesrath folgende Mitteilung gemacht worden: Nach dem Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit, vom 1. Juni 1870, ist die Naturalisation von Ausländern durch den Nachweis der Entlassung des aufzunehmenden aus seinem bisherigen Unterthanenverhältnis oder der Erfüllung der Militärschuld gegen sein bisheriges Heimatland nicht bedingt. Zwischen Preußen und Österreich-Ungarn besteht seit längerer Zeit ein Abkommen, nach welchem die beiderseitigen Behörden die Ertheilung der Naturalisations-Urkunde an einen Angehörigen des anderen Staats von dem gedachten Entlassungsnachweis abhängig zu machen haben; dieses Abkommen ist jedoch, so viel bekannt, das einzige seiner Art und es walte deshalb im Verhältnis zu Österreich-Ungarn bei Behandlung ausgewandter, die Naturalisation nachjhender Militärschuldiger ein verschiedenes Verfahren in den Bundesstaaten ob. Ein kürzlich vorgekommener Specialfall hat die Erwägung der Frage nahe gelegt, ob es sich nicht empfehle, diese Beschiedenheit durch eine Verständigung zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn über eine allgemeine Regelung des Gegenstandes im Sinne des gedachten preußisch-österreichischen Uebereinkommens zu beseitigen. Es knüpft sich daran folgender Antrag: „Der Bundesrat wolle mit Einleitung von Verhandlungen mit Österreich-Ungarn zum Zweck eines Uebereinkommens wegen gegenwärtiger Durchführung der bezeichneten Maßregel sich einverstanden erklären.“ — Der Justizausschuss ist mit den weiteren Erörterungen über diesen Antrag beauftragt worden. — Der Bundesrat wird nun in den nächsten Tagen, und wenn thunlich sogar schon morgen wieder zu einer Plenarversammlung zusammengetreten und die dringendsten Angelegenheiten im Laufe der nächsten Woche erledigen. Es wird demnächst die Hauptarbeit dem Justizausschuss bez. der Justizgesetze zufallen.

[General v. Budriski †.] Gestern Abend starb hier selbst nach längeren Leiden der General der Infanterie z. D. Rudolf Otto v. Budriski. Am 17. October 1812 geboren, kam derselbe am 13. August 1830 aus dem Cadetten-Corps in das Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1, machte 1848 den Feldzug gegen Dänemark mit und war 1849 auch in Dresden. 1861 als Oberst-Lieutenant befußt Übernahme des Regiments-Commandos des herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Contingents nach Gotha kommandirt, bekleidete er 1864 als Commandeur das 4. Garde-Regiment während des Feldzuges in Schleswig. 1865 wurde er Commandeur des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, das er auch anfangs 1866 commandierte, bis er später das Commando der 3. Garde-Infanterie-Brigade erhielt. In dem Feldzuge 1870-71 commandierte er die 1. Garde-Infanterie-Division, die bekanntlich besonders am 30. October 1870, dem Tage von Le Bourget, sich rühmlich herborthat. Wegen zunehmender Krankheit wurde General-Lieutenant v. Budriski am 28. October 1875 als General der Infanterie zur Disposition und gleichzeitig à la suite des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 gestellt. (Staatsanz.)

Sternberg, 16. Februar. [Eröffnung des Landtages.] Heute Mittag ist hier der mecklenburgische Landtag von den beiderseitigen großherzoglichen Commissarien eröffnet worden.

Köln, 15. Februar. [Aufforderung.] Clerikale Blätter veröffentlichten die vom Oberpräfidenten v. Bardeleben unterm 2. December v. J. an den Erzbischof von Köln gerichtete Aufforderung zur Niederlegung des Amtes, sowie die des Datums und der Ortsangabe mehr

entbehrende Antwort des Erzbischofs. In seiner Aufforderung beschuldigte der Oberpräfident letzteren, daß er die Collectiveingabe des Episkopats vom 25. Mai 1873, in welcher die Unmöglichkeit einer Mitwirkung zum Vollzuge der Kirchengesetze erklärt wurde, mitunterdeichnet, altkatholische Priester excommunicirt, der Revision des Kölner Priesterseminars sich widersezt und Anstellungen von Geistlichen gesetzwidrig vorgenommen habe. (Wegen des letzteren Vergehens ergingen gegen ihn allein 35 Verurtheilungen zu Geldstrafen von je 200 Thaler event. Gefängnisstrafen von je 2 Monaten.) Ferner wird dem Erzbischof vorgeworfen, daß er sich nicht gescheut habe, die katholische Bevölkerung zur Parteinahe für ihn in seinem Widerstande gegen die Staatsgesetze öffentlich aufzufordern, in einem Erlass an die Diözesen vom 29. September 1873 die von ihm vertretene Sache „die Sache des Rechts und der Ordnung, der Wahrschheit und der Freiheit“ zu nennen und die staatsfeindlichen Katholiken als solche zu bezeichnen, die die Staatsgewalt über Alles erheben und gleichsam vergöttern. Schließlich wird er bezichtigt, Massendeputationen empfangen, der befohlenen Verhaftung sich gewaltsam widersezt und in Faschingsbriefen zum Ungehorsam gegen den Staat ermahnt zu haben. Der Erzbischof bestreitet in seiner Antwort das Recht des Staates, die Diener der Kirche abzusezen. Dasselbe stehe allein dem Papste zu, an den sich die Regierung beschwerdefähig wenden möge. Er erklärt die ganze moderne kirchenpolitische Gesetzgebung für einen Vernichtungskampf gegen die katholische Kirche, leugnet, der Staatsgewalt je aktiven Widerstand geleistet, und auch die Massendeputationen veranlaßt zu haben. Er beruft sich auf die auch allerhöchst anerkannten, fortbauernd von ihm gegebenen Beweise der Treue und des Gehorsams, welchen er von Jugend an sowohl im Militärdienste als auch im Staatsdienste gerecht zu werden bestrebt gewesen sei.

Bonn, 15. Febr. [In einem Erkenntnis des rheinischen Strafensatzes des Ober-Tribunals] vom 6. Januar v. J. gegen den Redakteur und den Verleger der „Deutschen Reichs-Zeitung“ zu Bonn, welche wegen Majestätsbeleidigung angeklagt waren, sprach der höchste Gerichtshof folgende Sätze aus: 1) die strafrechtliche Verantwortlichkeit eines Zeitungs-Redakteurs erstreckt sich auf den Inhalt der Zeitung in ihrem ganzen Umfange, ohne Rücksicht auf die Stelle, wo sich der innehaltende Artikel vorfindet. Die Veröffentlichung eines derartigen Artikels im Inseratenteile einer Zeitung ist demnach nicht als ein besonderer Umstand zu betrachten, der nach § 20. 2. des Reichs-Preßgesetzes die Annahme der Thäterschaft seitens des Redakteurs ausschließt. 2) Der Verleger einer Zeitung, die einen strafbaren Artikel enthält, ist nicht wegen Fahrlässigkeit zu verfolgen, wenn der verantwortliche Redakteur strafgerichtlich, sei es wegen Fahrlässigkeit oder als Thäter verfolgt wird und im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates sich befindet. In diesem Falle ist die Verfolgung des Verlegers ausgeschlossen, auch wenn er den Redakteur als Vorman nicht nachweist und somit zu der Verfolgung derselben keinen Anlaß giebt.

Dresden, 16. Februar. [Ihre E. K. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] des Deutschen Reiches und von Preußen haben gestern Abend das Maskenfest bei dem Minister General v. Fabrice besucht. Die Kronprinzessin verweilte derselbe bis nach dem Souper, der Kronprinz und der König und die Königin von Sachsen bis nach 2 Uhr. Das Fest war ein sehr glänzendes. Heute Vormittag hat das kronprinzipiale Paar eine Promenade in der Stadt gemacht. Nachmittags ist Lassal beim König und der Königin, für den Abend ist der Besuch des Hoftheaters in Aussicht genommen. Gestern Nachmittag hat der Kronprinz den Minister v. Frieden ebenfalls mit einem Besuch geehrt.

München, 15. Febr. [Cardinal Ledochowski.] Der über die Verhältnisse im Vatican stets sehr wohl informierte altkatholische „Deutsche Merkur“ bringt in Bezug auf die Nichtausführung der Reise des Cardinals Ledochowski nach Rom folgende Mitteilungen: „Unser Berichterstatter schreibt, daß Graf Ledochowski allerdings die Absicht gehabt hat, sofort nach der Entlassung aus der Haft nach Rom zu gehen, aber obschon gerade bei einem Cardinal die Reise nach Rom eigentlich selbstverständlich Pflicht sei, habe man ihm, wie früher den Bischöfen von Köln, Münster und Paderborn, angekündigt, es sei zweckmäßiger, wenn er einstweilen einen anderen Aufenthaltsort wähle. Man wird sich erinnern, daß den oben genannten Bischöfen allerdings von ultramontanen Zeitungen die Absicht, nach Rom zu gehen, belegt worden ist, ohne daß es zu der Ausführung gekommen wäre; und auch Graf Ledochowski ist, statt nach Rom, inzwischen, wie die Zeitungen melden, auf das Gut seines Bruders gereist. Mag man das deuten, wie man will, unzweifelhaft ist es bemerkenswert, daß nicht blos von jenen, sondern auch von den anderen Bischöfen, so viel bekannt ist, nicht ein Einziger in der letzten Zeit in Rom war, um sich dort „Segen und Stärkung“ zu holen, wie das doch der brasiliensische Bischof von Olinda trotz der großen Entfernung gethan hat. Die weitere Ausführung unseres Correspondenten: Rom halte die Bischöfe von sich fern, um bei etwaigen Verhandlungen freiere Hand zu haben, wie ja auch des Erzbischofs Clemens August Person einst bei dem Friedenschluß nach den Kölner Witzen geopfert worden sei, begnügen wir uns, zu erwähnen, ohne sie weiter vertreten zu wollen; jedenfalls gibt sie einen neuen Gesichtspunkt an die Hand, der bei der Frage, ob Cardinal Ledochowski nach Rom reisen wird oder nicht, in Rücksicht zu ziehen ist.“

Österreich.

* * Wien, 16. Februar. [Der Episkopat und der Klostergesetz-Entwurf.] Die „Neue freie Presse“ veröffentlichte heute einen langathmigen, von dem gesammten katholischen und unitären Episkopat der Erzdiözese unterzeichneten Protest gegen den Entwurf des neuen Klostergesetzes. Je weniger sich abscheiden läßt, was mit diesen Documenten praktisch erreicht werden soll, und je weniger es in der Art der hohen Kirchenfürsten liegt, eine offene Thäte noch extra einzustossen; um so näher rückt die Frage: „Was soll der Lärm? Was steht den Herren zu Diensten?“ Daß es einer feierlichen Demonstration ihrerseits bedürfe, um die Sanctionirung dieses Gesetzes zu verhindern, könnten sie unmöglich annehmen. Zunächst bleibt ja abzuwarten, ob das Abgeordnetenhaus vor der nahen Vertragung noch Gelegenheit findet, die Vorlage in der Herrschafts-Fassung anzunehmen. Nach den sehr peremptorischen Erklärungen Stremayr's erscheint das vielmehr zweifelhaft: selbst im Schoße der Verfassungs-Partei sind lichen, daß hierüber noch gar nicht verhandelt worden war, und daß

gar viele da für, das Gesetz lieber liegen zu lassen, als gerade jetzt ein neues Verwirrniß mit der Regierung herauszubringen. Gesetz aber auch dies Ansicht dringt nicht durch, so ist es sicher, daß das Unterh. aus das Elaborat der Pairs en bloc annimmt. Da nur der Cultusmin. hier in beiden Kammern so wie eben erst in dem confessionellen Ausschüsse des Unterhauses mit aller Einschleiden wiederholt ver sichert hat, die Sanction für das Gesetz in dieser Form unter keinen Umständen erwirken zu wollen, brauchen die Bischöfe sich also nicht zu echauffiren. Die „Erklärung der österreichischen Erzbischöfe und Bischöfe“ verfolgt mithin einen anderen Zweck — und dieser scheint mir so gleichermaßen auf der Hand zu liegen. Das Klostergesetz soll nicht mit der Vertragung geräuschlos und friedlich in eine Versenkung fallen, ohne den häuslichen Frieden im Schoße der Verfassungspartei und die Eintracht dieser letzteren mit der Regierung zu föhren. Nein, der Bevölkerung soll der Eindruck bleiben, daß Ministerium und Verfassungstreue vor dem Ultramontanismus haben den Rückzug antreten müssen. Das läßt einen Stachel innerhalb der Partei zurück, der ihr weiteres Zusammengehen mit dem Cabine te wesentlich erschwert. Das erfüllt die betreffenden Kreise mit dem, alle Verhandlungen erschwerenden Argwohn, daß ein abermaliger Cabinets- und Systemwechsel zu Gunsten der Römlinge vor der Thüre stehe. Das und nichts anderes ist die eigentliche Bedeutung des Schriftstückes, daß die 34 Prälaten aufgezeigt und unterzeichnet haben. Es ist ein Symptom, daß der Episkopat die Zeit nahe glaubt, wo er den, mit Stremayr eingegangenen modus vivendi kündigen und seinerseits die Fühlhörner ausstrecken kann, ob nicht er selber jetzt durch den Übergang in die Reihen der Gegner einen Umschwung zu Gunsten der heiligen Kirche herbeiführen könne. Das ist das Wichtigste von dieser ganzen Haupt- und Staats-Action. Auf den meritorischen Inhalt des Documentes, so weit es sich um die Rechtfertigung des Klosterlebens handelt, weiter einzugehen, lohnt wohl kaum der Mühe. In diesem Punkte ist das Utensil wohl genügend gekennzeichnet durch die Eine Stelle: „Die Ausgabe des Kloster- und Ordenslebens ist das betreut und arbeitet in vollkommenster Gestaltung.“ Das Mönche und Nonnen die Arbeit in ihrer vollkommenen Gestalt repräsentieren, das ist in der That eine — unverstorbene Behauptung. Die eigentliche Herausforderung der Staatsgewalt aber liegt darin, daß der Episkopat diese Gelegenheit ergreift, um neuerdings Angesichts aller Welt zu betonen, daß für ihn die ganze staatliche Legislative in kirchlichen Dingen nicht existirt: daß er weder die Maigesetze von 1868, welche die erste Breche in das Concordat gelegt, noch die internationale Kündigung des letzteren vom Juli 1870, noch die interne Beseitigung derselben durch die Maigesetze von 1874 anerkenne. Wohlgemerkt, die Bischöfe protestiren gegen alle diese Acte der Gesetzgebung nicht. Sie ignorieren dieselben einfach mit der Behauptung: „die klosterlichen Rechtsverhältnisse finden sich durch die kirchliche Gesetzgebung, hellweise durch die im Concordate vereinbarten Bestimmungen vollständig geregelt.“ Gegen jede anderweitige Regelung derselben durch ein Staatsgesetz müßten die Prälaten daher, in ihren vertrauensvollen Erwartung gefaßt, vorsichtig gemäß Verwahrung einlegen.“

Wien, 16. Februar. [Deckung des Deficits.] Wie die „Neue freie Presse“ meldet, soll die Regierung durch den heute im Abgeordnetenhaus eingebrachten Gesetzentwurf ermächtigt werden, durch Ausgabe 4 Prozent Goldrentenmittel 49 Millionen Gulden zur Deckung der für Eisenbahnen gemachten Auslagen und zur Deckung des noch übrigen Deficits zu beschaffen. Wien, 16. Februar. [In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses] brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Ausgabe in Gold verzinbarer Rentenobligationen für die vom Reichsrath vertretenen Länder ein.

Die „Politische Correspondenz“ bestätigt, daß die Kaiserin Elisabeth sich in den ersten Tagen des März nach England begiebt. Dieselbe besucht dort die Königin von Neapel und nicht, wie irrtümlich gemeldet, die Herzogin von Alençon.

Italien.

Bern, 12. Febr. [Zum Banknotengesetz.] Heute in außerordentlicher Sitzung hat der Bundesrat endlich, wie bereits telegraphisch gemeldet, in Sachen des Referendumsgesetzes, betreffend das neue Banknotengesetz, endgültigen Beschuß gefaßt. Von den eingegangenen 35,758 Unterschriften sind schließlich 33,729 für gültig befunden worden, somit 3729 über die laut Art. 89 der Bundesverfassung notwendigen 30,000. In Folge dessen ist die Volksabstimmung vom Bundesrat auf nächstes 23. April anberaumt worden. Gleichzeitig mit diesem Beschuß soll den Cantonsregierungen eine Anweisung zugestellt werden, auf welche Weise in Zukunft, wenn neue Referendumsgesetze stattfinden, bei Sammlung der Unterschriften die betreffenden Bogen auszufüllen und die Unterschriften selbst amtlich zu beglaubigen sind. Daß das Ergebnis der Abstimmung am 23. April nicht zu Gunsten des Banknotengesetzes aussallen werde, glaubt man hier allgemein, wozu, wenn sich diese Annahme bestätigt, die lange Ungewißheit, ob das Gesetz zur Volksabstimmung gelangt oder nicht, ihren Theil beigetragen haben wird. Solche Verzögerungen werden hier vom Volke gar zu gern als Absichtlichkeit gedeutet und erwecken in Folge dessen den Oppositionsgeist.

Italien.

Rom, 11. Februar. [Zu den Eisenbahn-Unterhandlungen] schreibt man der „N.-Z.“: Nach monatelanger Bögerung ist Sella endlich gestern Abend nach Wien abgereist, um mit der österreichischen Regierung über die Trennung der oberitalienischen Eisenbahn von der österreichischen Südbahn zu verhandeln. Als er mit Rothchild in Basel den Ankauf der oberitalienischen Eisenbahn für den Staat abschloß, glaubte man allgemein, daß auch die schon im Jahre 1866 vorgesehene, aber seither niemals ernstlich betriebene Trennung der beiden Bahnlinien zu Stande gebracht worden sei, und da die offizielle italienische Presse es gut fand, über diesen wichtigen Punkt ein diplomatisches Stillschweigen zu beobachten, wurde die öffentliche Meinung in der Annahme bestätigt, daß auch diese Frage im Kaufvertrage gelöst sei. Als aber die am 27. Januar in Paris abzuhalten Generalversammlung der Eisenbahngesellschaft vertrat wurde, ließ sich die unangenehme Wahrheit nicht länger verheimlichen, daß hierüber noch gar nicht verhandelt worden war, und daß

die so oft angekündigte und immer wieder hinausgeschobene Reise Sella's nach Wien nur erst die Amtsführung dieser Verhandlungen zum Zweck hatte. Es scheint daher, daß beim Abschluß des Baseler Vertrages weder Sella noch Rothschild recht wußten, wie diese Angelegenheit stehe, und daß dieselbe einem späteren Übereinkommen vorbehalten blieb, wie es in Italien herkömmlich ist, sobald sich bei einer Unterhandlung Schwierigkeiten zeigen. Handelt es sich um irgend eine politische Frage, so könnte man voraussehen, daß bei den freundschaftlichen Beziehungen zwischen der italienischen und der österreichischen Regierung ihre Lösung auf keinerlei Hindernisse stoßen würde; aber hier handelt es sich um entgegengesetzte Geldinteressen zweier Eisenbahnenlinien, welche sich beide in höchst mittelmäßigen pecuniären Verhältnissen befinden und deren jede aus der neuen durch den Ankauf der oberitalienischen Eisenbahn geschaffenen Lage den möglichsten Vortheil für sich zu ziehen sucht. Für heute weiß ich Ihnen hierüber nicht mehr zu sagen, als daß die österreichische Südbahn der oberitalienischen Bahn einen sehr unbilligen Anteil ihrer Schulden aufzubürden möchte, und daß die überaus hohe italienische Einkommensteuer (13,20 p.C.) den österreichischen Actionären einen lauten Schmerzensschrei erfreut, der eine delicate Behandlung des Patienten erforderlich macht. Never alle diese Punkte wird uns erst die auf den 28. Februar vertagte Generalversammlung in Paris genauere Auskunft geben. Aber schon aus dem Gesagten ergibt es sich, daß Sella bei dieser Unterhandlung keinen leichten Stand haben wird, und daß es daher auch nicht abzusehen ist, ob dieselbe bis zur Pariser Generalversammlung zum Abschluß kommen könne. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß der Baseler Vertrag verworfen und der Ankauf der oberitalienischen Eisenbahn rückgängig gemacht werden könnte; doch ist Grund genug zur Besorgnis vorhanden, daß die gänzliche Abwicklung der Angelegenheit Italien noch manche nicht vorausberechnete Geldopfer auferlegen dürfte.

Frankreich.

Paris, 14. Februar. [Eine bonapartistische Wahlversammlung.] — Dagnin. — Die Wahlausichten in der Provinz. — Gambetta. — Der Brief des kaiserlichen Prinzen an Pietri. — Pressemäßigkeiten — Graf Carné †. Die Bonapartisten haben gestern einen Vorgesmack von dem, was sie bei den Pariser Wahlen erwarten, bekommen. Das Bonapartistische Comité hatte in der Salle Valentino eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in welcher Raoul Duval auftrat. Man hatte alle möglichen Vorsichtsmäßigkeiten getroffen; auf der Estrade, wo der Vorsitz thronte, fand kein Republikaner Zulah und eine Claque von mehreren Hundert Imperialisten war nach allen Regeln der Kunst im Saale verhüllt worden. Aber sie konnte nichts ausrichten. Es hatten sich über 3000 Republikaner im Saale eingefunden, gegen deren Demonstrationen Raoul Duval vergebens anzusprechen versuchte. Er wurde mit Unterbrechungen aller Art, mit Bischen und Lärm bald zum Schweigen gebracht, und als der Präsident schmunzig die Sitzung aufhob, antwortete ihm der laute Ruf *Vive la République!* Daraus mag man auf das Schicksal schließen, welches Raoul Duval für nächsten Sonntag vorbehalten ist. Und doch gehört dieser Imperialist jedenfalls zu den sympathischsten Persönlichkeiten seiner Partei. Er ist überdies zu jung, als daß er sich bei den Abenteuern des zweiten Kaiserreichs schon compromittiert haben könnte, und er erlangte nicht, diesen Umstand geltend zu machen; aber das hilft Alles nichts. Auch Dagnin, Thiers' Gegner im 9. Bezirk und Buffet's Protagonist, hat gestern in den öffentlichen Versammlungen sehr unangenehme Erfahrungen gemacht. Nicht nur daß in einer Versammlung der Rue des Martyrs, die von 1500 Wählern besucht war, kein einziger Redner für Dagnin austrat, sondern in einer Versammlung, die von seinen eigenen Freunden veranstaltet war, hat er keinen Vertheidiger gefunden und schließlich wurde dort ebenfalls Thiers proclamirt. — Wenn es so in Paris sehr traurig um die Anhänger des Buffet'schen Systems bestellt ist, so deuten die Nachrichten aus den Departements nicht viel minder auf eine gänzliche Niederlage der Regierungspartei. Die reactionären Blätter lassen ihre Befürchtungen deutlich merken. Der „Gaulois“ beklagt sich über die strafbare Lässigkeit der conservativen Parteien, die nichts thun, um die radikalische Fluth einzudämmen. In Buffet's „Français“ liest man: „Alle Berichte, die uns aus den Departements zufommen, zeigen, daß die Radikalen ihre Thätigkeit verdoppeln. Man sagt uns andererseits, daß der Eifer der Conservativen nicht im Verhältniß steht mit den Bedürfnissen der großen Sache, welche sie zu vertheidigen haben. Wir beschwören alle Freunde der Ordnung und des Friedens, ihre Kräfte aus Neuertheit anzuspannen; sie mögen sich zusammenfinden, sich disziplinieren, und ebenso wie, ihre Gegner sich vervielfältigen.“ So der „Français“. Wenn man von einem der republikanischen Kandidaten sagen kann, daß er sich vervielfältige, so ist es Gambetta. Er ist immer unterwegs und hält überall Reden. Wie in Lille, so ist er in Bordeaux mit Enthusiasmus aufgenommen worden in Marseille, wo die Intransigenten zahlreich vertreten sind, war die Aufnahme läblich. In Bordeaux war am ersten Abend der Versammlungsraum so gefüllt und das Gedränge auf der Straße so dicht, daß Gambetta selbst nicht in den Saal dringen konnte, daher seine Rede unterblieb. Er entschuldigte sich folgenden Tages bei einer Versammlung im dortigen Theater und seine Kandidatur wurde wie in Lille mit Einstimmigkeit angenommen. Heute ist er wieder in Paris, wird, wie es heißt, in zwei Versammlungen sprechen und schon morgen wieder nach dem Süden abreisen. Der Brief des kaiserlichen Prinzen an Fr. Pietri wird von den nicht-bonapartistischen Presse stark verspottet. Die „République Française“ und andere Blätter haben dem Jörgling der Schule von Woolwich arge Schnitzer gegen die Grammatik und die Syntax in dieser „Schularbeit“ nachgewiesen. Sogar der „Français“ kann nicht umhin, das Benehmen dieses Jünglings, der sich die Miene eines Souveräns gibt, seltsam zu finden. Man sollte glauben, meint er, den Kaiser zu hören, wie er von den Tuilleries aus Rathschlüsse, Warnungen und Drohungen ertheilt. Nur Schade, daß bei dieser brieslichen Ausübung seiner Autorität der junge Herr von Chiselhurst sich so sehr gegen die Gesetze der französischen Sprache, welchen die Cäcaren wie die Tribünen unterworfen sind, verstößt. Frankreich ist jetzt überzeugt, daß der kaiserliche Prinz von dem Jahre 1818 und der Verfassungskommission noch viel, wenn nicht von Herrn Rouher, doch von seinem Präceptor Herrn Tilon zu lernen hat.“ — Wie die „France“ ist nun die „République Française“ mit einer Verurtheilung bedroht, weil sie es an dem nötigen Respect für Buffet hat fehlen lassen. Ihr Vergehen besteht darin, daß sie eine in den Vogesen erschienene, gegen den Vicepräsidenten des Conseils gerichtete Flugschrift zum Theil abgedruckt hat. Diese Schrift enthält eine Rede, worin der Bauer Toinon im Landesdialect auf launige Art, in Paul Courtier's Manier, den Gemeindedelegirten räth, Buffet nicht in den Senat zu wählen. — Gestern ist der ehemalige Deputirte Graf de Carné, seit 1864 Mitglied der Akademie, im Alter von 72 Jahren gestorben. Er stammte aus einer bretonischen Familie und war clerical gesinnt; bei seiner Wahl in die Akademie hatte er Littere zum Gegner. Er war einer der ältesten Mitarbeiter der „Revue des

deux mondes“, wo sein letztes Werk, „ein Drama unter der Schreckensherrschaft“ Aufsehen erregte.

Paris, 15. Februar. [Zu den Wahlen. — Gambetta in Belleville. — Zur Presse. — Vom Theater.] Gestern Abend ist die Periode der öffentlichen Versammlungen abgelaufen; in den letzten fünf Tagen vor der Wahl bleiben nur die Privatversammlungen gestattet. Die Kandidaten können jetzt freier aufzutreten. Es gibt ihrer freilich viele, die es bereits bereuen mögen, ihrem Ehrengesetz gegeben zu haben und denen nichts Anderes übrig bleibt als das Abwesen zu sein, 14 Tage hindurch von allen Clubrednern der Hauptstadt mishandelt worden zu sein. Und diesen Clubrednern juckte nach mehrjähriger Einhaltung die Zunge gewaltig. Die lange Liste der Pariser Kandidaten, so lang fast wie die Liste Leporello's, ist in diesem Feuer der öffentlichen Versammlungen elaiigermaßen zusammengezahlt und wenn noch manche Freier um die Deputation, gegen die Hoffnung, ihr Glück bis zum Ende versuchen wollen, so bleibt doch im Grunde in allen Bezirken die Wahl nur zwischen zwei oder drei Kandidaten zweifelhaft. Gestern Abend ging es zum Schlusse in den meisten Versammlungen ruhig zu. Vielleicht hat dem Publikum selber der Spaß schon lange genug gedauert. Gambetta hielt zwei Reden, die eine im 8. Arrondissement, wo er Wähler ist und wo er die Kandidatur des Eläffers, Victor Chauffour, empfahl, die andere in Belleville, wo er bekanntlich selber als Kandidat auftritt. Er wurde dort gut aufgenommen. Der Präsident der Versammlung, Dr. Métilier vom Gemeinderath, verlas eine Adresse an Gambetta, worin das Programm der republikanischen Partei, das öfters genannte Programm Laurent Pichot's, entwickelt wird, und Gambetta erklärte in seiner Rede seinem Anschluß an dasselbe, worauf seine Kandidatur angenommen wurde. Die Intransigenten von Belleville hielten zu gleicher Zeit eine andere Versammlung. — Der berühmte Präsident von Baucle, Herr Doucet, hat einen Beamten des Departements, den Archivisten Achard, abgesetzt, weil er an einem Bankett Theil nahm, welches Gambetta zu Ehren in Aragon gegeben wurde. Achard war im Jahre 1870 von Gambetta zum Präfekten gemacht worden. — Die „République“ zeigt an, daß sie für nächsten Freitag wegen Bekleidung des Vizepräsidenten des Conseils vor Gericht beschieden ist. — Das Tagesereignis ist die Aufführung des neuen Dumas'schen Stücks „L'Étrangère im Théâtre français“. Die Journale hatten seit langer Zeit, wie immer bei Dumas'schen Stücken, die Neugierde rege gemacht und einen großen Erfolg prophezeit. Unmöglich zu sagen, daß der Saal glänzend war. Mac Mahon und die Marcellin wohnten der Vorstellung in einer Seitenloge bei. Das Publikum fühlte sich Anfangs in seinen Erwartungen getäuscht; die drei ersten Acte hindurch scheint zum Desteren über allerlei Nebenwerk und in einem weit ausgesponnenen Dialog die Handlung verloren zu gehen. In den beiden letzten Acten stellte sich aber der Erfolg ein. Die Darstellung war ausgezeichnet.

* Paris, 15. Februar. [Über die bonapartistische Wahlversammlung im Saal Valentini] schreibt man der „R. B.“: Ungeachtet die Bonapartisten ziemlich zahlreich gekommen waren, hatte doch eine große Anzahl von Anhängern im Saal Platz gefunden. Es handelte sich um die Wahl im 8. Arrondissement, wo die Bonapartisten ihren bekannten Führer Raoul Duval, die Constitutionellen den Herzog Decazes, die Clericalen Riant und die Republikaner den „Eläffer“ Chauffour aufgestellt haben und wo der Kampf jedenfalls sehr heftig werden wird. Raoul Duval war der einzige Kandidat, der sich eingestellt, und hielt eine Rede, worin er die Verfassung sehr energisch angriff, die „Verfußung an das Volk“ präs und über den Herzog Decazes berief, dem er auch vorwarf, daß er den Ankauf der Actien des Suezkanals durch England nicht verhindert habe. Die Rede Raoul Duval's wurde von den Bonapartisten mit Beifall aufgenommen, erregte aber unter den Republikanern und den Constitutionellen den heftigsten Widerstand. Der Lärm im Saal wurde aber ganz entsetzlich, als ein bonapartistischer Agent, Namens Deprez, nur auf eine Petition anhielt, „die man in den letzten Tagen der Session an die Nationalversammlung gerichtet und die, wenn sie zur Besprechung gelommen wäre, neues Licht auf die finanzielle Louisbahn des Herzogs Decazes und seines Freundes Duclerc geworfen haben würde.“ Mehrere Personen sprangen zu der Tribune, um Einspruch zu erheben; aber Gounard erhielt zuerst das Wort, um Raoul Duval zu antworten. Er setzte ihm unangemeldet den Lärm, den die Bonapartisten erhoben, arg zu, ind. er zugleich an die Misschancen des Kaiserreichs erinnerte. Nachdem er geendet, protestierten Republikaner und Nichtrepublikaner gegen die Insinuation des bonapartistischen Agenten Deprez. Einer der leitenden, Maremnes, will weder den Herzog Decazes noch Duclerc angreifen lassen. Ehrenhaft Männer mithin sich gegenseitig untersützen. (Willes Gedanke der Bonapartisten.) Derselbe stellt dann fest, daß Bouffard, welcher die Anklagen gegen den Herzog Decazes und Duclerc in Bezug auf die Vermaltung der Bergwerke von Huelva vorgebracht, vor allen Gerichten zurückgewiesen und, da er dreizehn Richter der Bestechlichkeit angelagt, zuchtpolizeirechtlich verurtheilt worden sei. Die Bonapartisten stimmten wieder wütendes Geheul an. Noch größer wurde aber der Scandal, als Raoul Duval nun nochmals das Wort ergriff und sich so weit hinreissen ließ, die Beschlüsse des bonapartistischen Agenten in so fern aufrecht zu erhalten, als er äußerte, daß man nicht wissen könne, ob die Thatsachen richtig seien oder nicht, da das Gesetz die Beweisführung nicht zulasse. Von allen Seiten tönte der Ruf: „Nieder mit dem Verläumper! Es lebe die Republik! Nieder mit dem Kaiserreich!“ wogegen die Bonapartisten Hochs auf Raoul Duval aufschauten. Der Lärm war so groß, daß der Präsident genötigt war, die Sitzung aufzuheben. [Gegen Buffet.] Die „République Française“ schreibt:

Im Senat ist eine bereits gebildete Majorität entschlossen, die Republik nicht länger in den Händen eines Ministers zu lassen, der ihr Todfeind geworden ist. Dieser Majorität werden sich die mehr oder weniger verfassungstreuen Orléanisten anschließen, welche dem Herrn Buffet großen wegen des Blaues, das er mit der Absehung des Herrn Renault den Bonapartisten gegeben hat. Die größere Anzahl der Legitimisten, welche über das geringschätzende Verfahren der Präfekten dieser Partei gegenüber bei den Senatswahlen erbittert sind, werden mit Freuden die Gelegenheit benutzen, um den Minister für seine sonderbare Haltung büßen zu lassen. Die Bonapartisten allein, in Gemeinschaft mit einer geringen Anzahl von bonapartistischen Monarchisten, d. h. höchstens sechzig Mitglieder des Senats, werden für Herrn Buffet eintreten.“

[Louis Blanc] hat ein Schreiben an seine Wähler erlassen, welches nur dadurch bemerkenswert ist, daß es zeigt, wie diese Leute aus ihrer Unverbesserlichkeit eine Tugend machen. Louis Blanc entwickelt zunächst seine Grundätze, für die er Zeit seines Lebens gekämpft habe; es sind die bekannten Utopien von 1848; in Bezug auf die jetzige Lage will Blanc weder Optimist noch Pessimist sein, es seien eben noch viele Schwierigkeiten zu überwinden, allein wenn die Republikaner nur duldsam und entschlossen vorgehen wollen, so werde Alles schon gut werden.

Spanien.

Madrid, 9. Februar. [Vom Kriegsschauplatz. — Hoffnungen auf ein Convenio. — Parlamentarisches.] Kaum haben die Operationen gegen die Carlisten ernstlich begonnen und stellen einen günstigen Verlauf in Aussicht, so schlägt das Wetter plötzlich um. Den starken Schneefällen in Navarra und den baskischen Provinzen, schreibt man der „R. B.“, folgt ein nothgebrüner Waffenstillstand, der wenigstens den dieszeitigen Führern und Truppen sehr unerwünscht kommt. Hoffentlich wird er nicht zu lange dauern. Die Soldaten richten sich mittlerweile in den gewonnenen Stellungen so gut wie möglich ein; hier und da werden auch Festigungen angelegt, um bei Wiederbeginn der Feindseligkeiten als Stützpunkte zu dienen. Der Caecilla Péroula soll mit 14 Bataillonen in Vera eingetroffen sein. Zwischen diesem Punkte und Lesaca wird eine Schlacht erwartet, denn die Carlisten scheinen entschlossen zu sein, dem Vordringen des Gene-

ral Martinez Campos den kräftigsten Widerstand entgegenzusetzen, um jetzt die Verwirklichung des Planes, welcher sich bisher ziemlich ungern entrollt hat, um jeden Preis zu verhindern. Martinez Campos, der sich unter Beihilfe des spanischen Consuls in Bayonne tüchtig mit Proviant versorgt hat, scheint indessen sehr auf der Hut zu sein, wie dies seine Schlagfertigkeit am 6. d. M. beweist, als die Carlisten sich Garramurdis bemächtigten wollten. General Blanco befestigt seine Stellung bei Dancharaine. Aus dem carlistischen Lager verlautet, daß sich dort viele Stimmen für das Prätendenten Abreise erheben, damit es den Führern seiner Scharen leichter werde, ein Convenio abzuschließen. Aber auch hier in Madrid denkt man noch immer an ein solches Abkommen, obgleich dasselbe weder bei der Armee noch im Volke Anklang findet. Die „Epoca“, jetzt das Organ des Minister-Präsidenten, hat zu allen Zeiten diese für Spanien so verhängnisvollen Convenios warm vertheidigt. Auch heute kommt sie wieder auf ihr Lieblingsthema zurück, und da ihrem Neuerungen unter den jetzigen Verhältnissen eine gewisse Bedeutung beigelegt wird, so mögen hier einige derselben Platz finden: „In Abadiano, fast dem einzigen Punkte der Provinz Biscaya, wo die Carlisten es wagten, unserem tapferen Heere ernstlich Widerstand zu leisten, — dort in Abadiano war es, wo die Generäle Spartero und Maroto die Grundlagen des Convenios von Vergara entwarfen, das den baskischen Provinzen 30 Jahre ununterbrochenen Friedens brachte. Etwa einen Kilometer östlich von dieser Stadt, welche die Carlisten am verlorenen Sonnabend gegen ihren Willen räumen mußten, liegt links von der nach Gotor führenden Straße die Einsiedelei von San Antoni und daranstoßend ein kleines Häuschen. Vor diesem letzteren saßen an einem Nachmittage des Monats September 1839 die Oberbefehlshaber beider Heere an einem einfachen Tische, worauf sich eine Flasche Wein, ein Gefäß mit Wasser, zwei Gläser, ein Tintenfaß und Papier befand. Hier wurde Friede gemacht, während die beiden Armeen ängstlich das Ergebnis der Verhandlungen in der angrenzenden Ebene erwarteten. Es ist sehr möglich, daß dem Guardamino von 1839 das Abadiano von 1876 entspricht.“ — Nach und nach kommen die Deputirten aus den Provinzen an und bringen in unsere ohnehin schon recht lebendigen politischen Kreise eine ungewöhnliche Ereignis. Wenn sie nicht gerade der Opposition angehören, so gilt ihr erster Besuch natürlich den Herren Canovas, wo das Losungswort für die Wahl der Vorstände der beiden Kammern ausgegeben werden soll. Für den Senat war ursprünglich Herr Santa Cruz als Präsident in Aussicht genommen; doch wollen die Moderados sich diesen durchaus nicht gefallen lassen. Man spricht daher neuerdings von Barzanallana. Natürlich sind die abtrünnigen Constitutionellen, welcher Gruppe Herr Santa Cruz angehört, sehr empört über diese neue Zurücksetzung, die ihnen zu schaffen wirb. Sie haben nun gestern Abend in einer Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Alonso Martinez beschlossen, sich nicht aufzulösen, um in der von Canovas geführten Mehrheit aufzugehen, sondern als geschlossene Gruppe ihre Grundsätze und Bestrebungen zu vertheidigen. Der Regierung scheint es überhaupt noch schwer zu werden, eine unabdingt zuverlässige Mehrheit in den Kammern zu schaffen. Sie hat zwar eine große Geschicklichkeit in der Kunst, Parteien zu zersezern, an den Tag gelegt, aber sie hat darum doch noch keine solide Gruppe herzustellen vermocht, auf die sie unter allen Umständen zählen kann. Posada Herrera, der etwas liberalere Ansichten der Schau trägt als Herr Canovas, hat hier viele Sympathieen. Er könnte dem jetzigen Cabinet gefährlich werden, wenngleich er anscheinend auf dem besten Fuße mit ihm steht.

Belgien.

Brüssel. [Die Clericalen in Mecheln.] Die clericalen Partei hat am vorigen Sonntag eine große Kundgebung zu Mecheln in Szene gesetzt; alle katholischen Vereine des Landes waren einzuberufen und in größerer oder geringerer Zahl vertreten und die großen Häupter der Partei waren zugegen. Der Berichterstatter des „Courrier de Bruxelles“ schätzt die Zahl der Anwesenden auf 12,000, eine Zahl, die allerdings sehr übertrieben sein wird. Das Ganze war eine Nachahmung der großen Kundgebungen, welche im vorigen Jahre von der liberalen Partei in Antwerpen und Gent veranstaltet wurde, und hatte denselben Vorwand, nämlich, den neuen Stadtrath zu feiern, bei dessen Wahl in Mechelen die clericalen Partei gestellt hatte, wie in Antwerpen und Gent die liberale. Es sind die gewöhnlichen Reden gehalten worden, vielleicht etwas heftiger und übertriebener, wie gewöhnlich. Bewerkschaft, schreibt man der „R. B.“, ist dabei nur, daß man das Ministerium von 1870—71 hoch gefeiert hat, jenes Ministerium d'Anthenan, welches ein etwas klägliches Ende nahm, dagegen ist des gegenwärtigen Ministeriums gar nicht erwähnt worden: Herr Malou und seine Collegen sind den Extremen der Partei eben zu gemäßigt. Auf die große Versammlung folgte ein Banket von 450 Gedecken, wobei der erste Toast dem Paix und erst der zweite dem Könige gebracht wurde. Leider hat die Demonstration übergegangen, wobei bei der Abreise der Gäste ist am Bahnhofe eine Prüfung entstanden, wobei der Gesichter nach mehrere Personen arg mishandelt worden sind. Der „Courrier de Bruxelles“ spricht von Verwundungen durch Stiche mit Messern und Stockdagen, aber dieses Musterblatt der clericalen Partei sieht die Übertriebung, besonders wenn es dabei auf die „Geusen“ schimpfen kann, wie bei dieser Gelegenheit. Bestimzte Nachrichten über diese allerdings bedauerlichen Vorfälle fehlten noch.

Provinzial-Beitung.

ch. Breslau, 17. Februar. [Bur Schule.] Bald nachdem die Versammlung schlesischer und preußischer Realshulmänner, welche am 9. October 1875 hier tagten, ihre Beihilfe publiziert hatte, bildete sich in Köln ein Realshulmänner-Verein, der im Wesentlichen dieselben Zwecke verfolgte. War auf der Breslauer Versammlung aus praktischen Gründen die Forderung einer Reform der Realshulen 1. Ordnung abschließlich vom Programm gestrichen, so hatte die Braunschweiger Realshulmänner-Versammlung im October 1874 dagegen die Reformvorstellungen in den Vordergrund gestellt. Die Kölner Versammlung batte in ihrem Programm eine Vermittelung der beiden Richtungen ver sucht. Da ein Zusammenvirken aller Beteiligten nach einem Ziele der Gleichberechtigung mit dem Gymnasium hin wünschenswert erschien, so hatte der Braunschweiger Ausschuss Mitglieder des Braunschweiger und des Kölner Ausschusses, sowie zwei Mitglieder der schlesischen Vorfahrt, Verfassung, Dr. Beck aus Rawicz und Dr. Nordmeyer aus Breslau, zu einer Konferenz in Kassel eingeladen, die am 29. December pr. stattgefunden und ein erfreuliches Resultat ergeben hat. War der Versammlung war eine Einigung über gemeinsames Eintreten für die Förderung des Realshulwesens, speziell unter Stellungnahme zu den Grundlagen und Zwecken des in Köln gegründeten Vereins und gleichzeitig zu den Beihilfen der Realshulmänner-Versammlungen in Braunschweig im October 1874 und in Breslau am 9. October 1875. Die Einigung fand, wie ein soeben verstandes Schriftstück: „Offene Erklärung zur Realshulmänner-Frage“ meldet, in folgender Weise statt: I. Die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses geben folgende Erklärung ab: 1) Die vor der Realshulmänner-Versammlung in Braunschweig verhandelte und von der Majorität derselben genehmigten Reformvorstellungen sind so verstanden, als daß sie eine jene Majorität eine Erschütterung der Realshulmänner erster Ordnung in ihren Grundlagen und nehm die Gleichberechtigung mit dem Gymnasium nur für eine erst zu findende Realshule der Zukunft in Anspruch. Diese Aussicht wird von den Mitgliedern des in Braunschweig gewählten Ausschusses als eine ihren Überzeugungen und Absichten nicht entsprechende bezeichnet. Vielmehr sprechen dieselben ihre volle und ausdrückliche Zustimmung aus zu dem Sache des in Köln gegründeten Real-

Schullehrvereins, welcher die Realschule 1. Ordnung für ein unentbehrliches, auf gesunder Grundlage ruhendes, der Entwicklung fähiges Glied unseres höheren Schulwesens erklärt und für sie gleiche Berechtigung mit dem Gymnasium beansprucht. — 2) Die eben erwähnte Entwicklung wird bis zur Errichtung der Gleichberechtigung zweckmäßig aus dem Stadium der öffentlichen theoretischen Verhandlung in das der praktischen Versuche überleiten sein. Diese Versuche werden aber, wo sie ausführbar sind, als nützlich und wünschenswerth anerkannt. — II. Diese Erklärung wurde von allen Anwesenden als eine vollkommen genügende Grundlage für ein weiteres gemeinsames Vorgehen anerkannt und gleichzeitig wurde beschlossen, im Sinne derselben, wie unter Hinweis auf den Vorbehalt des § 6 des Kölner Statuts nach besten Kräften für Abschluss an den in Köln gegründeten Verein zu wirken. — Die auf der Breslauer Versammlung zur Gelung gelangte Ansicht, daß hinter dem Streben nach Gleichberechtigung mit den Realschulen alle andern Forderungen und Wünsche, namentlich aber die Reformprojekte in den Hintergrund zutreten hätten, wenn etwas erreicht werden sollte, hat also auch in Kassel gezeigt, obwohl aus Schlesien und Böhmen nur je ein Realschulmann dort vertreten war. Für die gemeinsame Action in der wichtigen Realculfrage ist dieses Kasteler Compromiß von großer Bedeutung, vorausgesetzt, daß nun wirklich in nächster Zeit mit Energie begonnen wird, das gemeinsame Werk in Angriff zu nehmen. Ob die schlesisch-böhmische Realschullehrer dem Kölner Verein beitreten, oder unter Annahme des Kölner Statuts wie sich einen Zweigverein bilden, oder endlich unter Beibehaltung ihres Programms mit den rheinisch-württembergischen und den übrigen deutschen Realschulmännern Hand in Hand geben, wird jetzt durch eine Abstimmung entschieden. Jedenfalls ist es ratsam, bei der Agitation nach einem gemeinsamen Plane und in geschlossener Reihe vorzugehen.

A. Breslau, 16. Februar. [Alte städtische Ressource.] Am Dienstag Abend fand im Hotel de Silesie Männer-Versammlung der Alten städtischen Ressource statt. Herr Reichenbach hielt einen Vortrag über die politischen Erfordernisse der Zeit, welcher Veranlassung zu einer längeren Debatte gab. Nach Schluss derselber wurde darüber discutirt: wie sich der Männerverein der Städtischen Ressource zu den nahe bevorstehenden Land- und Reichstags-Wahlen stellen werde? Ein darauf vom Herrn Oberamtmann Frey und eingebrachter Antrag: Es möge der Verein aus sich ein Comité erwählen, welches mit der Ausarbeitung eines Parteiprogrammes betraut werde, auch gleichzeitig Fühlung nehmen möge mit den Vorsitzenden der hiesigen liberalen Parteien, wie auch noch andere bezügliche Anträge riefen eine recht lebhafte Discussion her. Herr Rechtsanwalt Pauli, sowie noch mehrere andere Redner hielten es den hierorts gegebenen schwierigen Parteiverhältnissen nicht für unangemessen, wenn die Fortschrittspartei mit der der Nationalliberalen bei den Wahlen zusammengehen würde. Dagegen traten wiederum andere Redner, namentlich die Herren Rosenthal und Louis Cohn entschieden gegen einen Compromiß mit der nationalliberalen Partei auf. Schließlich wurde beschlossen, diese Fragen einer demnächstigen größeren Vereinsversammlung zur Erörterung resp. Entscheidung vorzulegen.

— d. Breslau, 16. Februar. [Breslauer Gewerbeverein.] Im chemischen Laboratorium auf der Schuhbrücke hielt gestern Abend Prof. Dr. Poled einen mit zahlreichen Experimenten begleiteten Vortrag über die chemische Natur explosiver Stoffe, zu dem sich die Mitglieder des Breslauer Gewerbevereins zahlreich eingefunden hatten. Durch Experimente zeigte Redner zunächst, wie leicht Chlorstoffsäure und Jodstoffsäure explodieren, zwei Stoffe, welche in Folge dessen für den technischen Gebrauch völlig unverwendbar sind. Das explodirende Knallquecksilber ist der Inhalt der Zündhütchen, deren Verwendung bekannt ist. Ein weiterer explosiver Stoff ist das Methylnitrat, das, in seiner Fabrikation gefährlich, als fertiges Fabrikat ohne hörbare Knall abbrennt. Zu den gefährlichen salpeterauten Salzen gehören: das Nitrolycierin (Dynamit) ist in seiner Darstellung höchst gefährlich. Bei seiner Zersetzung wird es vollständig vergast. Anfänglich war dieses Fabrikat so lange gefährlich, als man es nicht vollständig rein darstellen wußte. Es brennt ab wie Pulver, es läßt sich bis zu gewisser Stufe schlagen, es explodiert nicht mit Pulver zusammen. Im festen Zustande kann es zuverlässiger zur Explosion gebracht werden. Aber auch so brennt es ganz unfehlbar ab, selbst Pulver und Schiebaumwolle sind nicht im Stande das Dynamit zur Explosion zu bringen, es brennt ruhig ab. Nur das Knallquecksilber im Zündhütchen und der Stoff von Eisen vermögen eine Explosion des Dynamits herzubringen. Das Dynamit ist daher unter gewöhnlichen Verhältnissen sehr leicht und ungefährlich zu behandeln und sein Transport von verschiedenend geringer Gefahr. Weil aber durch grobe Unvorsichtigkeit und Bosheit Explosions des Dynamits hervorgerufen werden können, erklärt sich Redner gegen den Transport derselben durch Städte. Nitrolycier (Schiebaumwolle) ist noch widerstandsfähiger als Dynamit. Dieser Stoff dient zur Füllung der durchbohrten Terpedo's. Feuchte Schiebaumwolle brennt schwerer, getrocknet leichter ab, ohne zu explodieren. Heftiger Stoß von Eisen auf Eisen bringt Explosion hervor, aber nur der getroffenen Theile. Knallquecksilber bringt augenbliebliche Explosion her. Sämtliche genannten Körper sind aber weniger gefährlich als Pulver, weil sie nur unter ganz bestimmten Bedingungen explodieren. — Stadtbaurat Höpfl sprach dem Redner für seinen hochinteressanten und belebenden Vortrag den Dank der Versammlung aus. — Hierauf zeigte Director B. Milch die Bildung des Kesselfeins, außerdem organische Rückstände, wie sie in Kesseln gefunden werden, welche nur mit Wasser aus unserem Wasserbehälter gespeist worden sind. — Professor Dr. Poled zeigte den Anwesenden noch einen Filter-Apparat, welcher mittels einer durch die Wasserleitung in Thätigkeit gesetzten Luftpumpe funktionirt. Herr Prof. Dr. Poled hält diesen Apparat für industrielle Etablissements als höchst empfehlenswert. Ein weiterer Apparat, welchen Herr Prof. Dr. Poled zeigte, ist eine sogenannte Wasserstrommel, gleichfalls durch die Wasserleitung in Thätigkeit gesetzt. Dieselbe dient zum Abdampfen von Löffelkesseln. Auch diesen Apparat kann Redner nur auf's Wärmste empfehlen.

H. Hatnau, 15. Februar. [Communales] In gestriger Stadtverordneten-Sitzung bewilligte die Versammlung 4471 M. für die in der „schwarzen Deichs“ im Vorjahr ausgeführten Wehrbau-Arbeiten. — Das am Oberringe belegene, vor einigen Jahren neu aufgeführte, ansehnliche Haus, das nunmehr in den Besitz der Commune übergegangen und dessen im vorigen Frühjahr sich herausgestellten gefährlichen Baustandes Erwähnung geschehen ist, ist demzufolge in seinem Vordertheile seitdem bis jetzt unbewohnt geblieben, da derselbe seiner Zeit schleunigst sofort geräumt werden mußte. Sein Abbruch ist nach den eingeholten Gutachten Sachverständiger nicht zu umgehen und macht die Versammlung die Bewilligung hierzu, sowie zu den Kosten des dadurch bedingten Wiederaufbaues, von einem zuvor zur Einsicht vorzulegenden Kostenanschlage abhängig. — Ein anderes Bauwerk der Stadt, eines ihrer ältesten und geschmackvollsten, zeigt nunmehr die Spuren des Zahnens der Zeit, weshalb auch seine Beseitigung wohl ebenfalls nicht mehr lange auf sich warten lassen und wohl nirgends auf hindern den Widerspruch stoßen dürfte. Es ist dies die an der Nordseite der Stadt, beim Garnisonstalle und „Weberthurne“ befindliche „Kirchen-Pforte“, ein unsägliches, thurmartiges Mauerwerk, dessen innere Räumlichkeiten vor dem Montierungssammler hiesiger Garnison, während des letzten Jahres als Getreide-Speicher zur Verwendung gelangt sind. Eigenthümlicher Weise gehört das ehemalige Vollwert zu dem Niebräuchszrechte unserer evang. Kirche, weshalb Seitens der zuständigen Behörde, in Berücksichtigung der vertretenden Spalten in dem freilich ellendigen Gemäuer, dem ev. Kirchengebaude die Räumung derselben angerathen worden ist, die demzufolge sich auch vollzogen hat. Früher hat das Gebäude einen nicht ungewöhnlichen Theil der Fortifications der Stadt gebildet, wovon an der Südseite die zu „Richtwiesen“ umgeschafften sehr breiten und tiefen „Wallgräben“ und noch andere Überbleibsel von solchen Basteien ebenfalls Zeugnis ablegen. — Seit heute ist vollständiges Bauwetter eingetreten, das den aufgehäuften Schneemassen gewaltig zueilt und sie stark vermindert. Den frisch bedeckten Himmel hat Nachmittag eine erwärmende Frühlingsonne durchbrochen, denn der Thermometer zeigt + 8° R.

A. Jauer, 16. Februar. [Zur Tageschronik] Am gestrigen Tage fand unter dem Vorsitz des Herrn Schultz Dr. Sommerbrodt bei dem hiesigen städtischen Gymnasium die Abiturientenprüfung statt. Von den acht Oberprimaenern, welche sich derselben unterzogen, wurde zweien Prüflingen das mündliche Examen erlassen und erhielten die übrigen sechs sämtlich das Zeugniß der Reife für den Besuch der Universität. — In Borsdorf, hiesigen Kreis, ist eine Krankheit ausgebrochen, welche der zu Hilfe gerufene Arzt als Trichinosis erklärt haben soll. Bis jetzt ist noch Niemand gestorben, doch mehren sich die Fälle von Erkrankungen noch immer. Innerhalb des Vereins für innere Mission werden eine Reihe von Vorträgen eröffnet, welche am heutigen Abende in dem Musiksaal des Gymnasiums beginnen. Diaconus Thiemann wird über „Beitrag zur sozialen Frage“ sprechen. Der Beitrag dieser öffentlichen Vorträge soll der „kleinlinderschule“ zu Gute kommen. Diese segensreiche Anstalt ist ein Pfleging des genannten Vereins und fristet nur durch freiwillige Beiträge ihr Leben. In Abwesenheit des heilsamen Einflusses, welchen diese Schule gerade auf die arbeitende, ärmerre Bevölkerung der Stadt ausübt, dürfte es wohl angezeigt sein, daß letztere auch einen Theil der Kosten übernahme. Referent weiß aller-

dings noch nicht, ob je ein dahin ziender Untergang Seitens des Vorstandes eingereicht, resp. abgelehnt worden ist. — Das plötzlich eingetretene Thauwetter mit Gang schwere wütende Reisse bedenklich an und schreitet man Schaden. Den Beinamen „wütend“ führt der Fluss dann zu Recht.

P. Meisse, 16. Februar. Die in der ersten Beilage zu Nr. 77 der „Bresl. Blg.“ enthaltene Notiz über eine Katholiken-Versammlung zu Habelschwerdt ist dahin zu berichtigten, daß die Versammlung nicht dann aufgelöst wurde, nachdem Kaplan Probst aus Wartha kurze Zeit gesprochen, sondern sie wurde, wie Herr Bürgermeister Schäffer aus Habelschwerdt erklärte, auf staatssächsische Veranlassung, noch ehe Kaplan Probst ein einziges Wort gesprochen hatte, geschlossen.

A. Trebnitz, 15. Februar. [Der sogenannte „alte Markt“]

der gestern und heut hier zum letzten Male abgehalten wurde, hatte ein ziemlich tragisches Ende. Auf dem Viehmarkt war eine ansehnliche Zahl

Pferde vorhanden und diese wurden auch preismäßig bezahlt. Der Rindvieh-

handel fiel um so saurer aus. Die vorhandenen Ochsen reichten für den

Bedarf nicht aus, obwohl aus Schlesien und Böhmen nur je ein

Realschulmann dort vertreten war. Für die gemeinsame Action in der wichtigen Realculfrage ist dieses Kasteler Compromiß von großer Bedeutung, vorausgesetzt, daß nun wirklich in nächster Zeit mit Energie begonnen wird, das gemeinsame Werk in Angriff zu nehmen. Ob die schlesisch-böhmische Realschullehrer dem Kölner Verein beitreten, oder unter Annahme des Kölner Statuts wie sich einen Zweigverein bilden, oder endlich unter Beibehaltung ihres Programms mit den rheinisch-württembergischen und den übrigen deutschen Realschulmännern Hand in Hand geben, wird jetzt durch eine Abstimmung entschieden. Jedenfalls ist es ratsam, in geschlossener Reihe vorzugehen.

A. Breslau, 16. Februar. [Alte städtische Ressource.] Am Dienstag Abend fand im Hotel de Silesie Männer-Versammlung der Alten städtischen Ressource statt. Herr Reichenbach hielt einen Vortrag über die politischen Erfordernisse der Zeit, welcher Veranlassung zu einer längeren Debatte gab. Nach Schluss derselber wurde darüber discutirt: wie sich der Männerverein der Städtischen Ressource zu den nahe bevorstehenden Land- und Reichstags-Wahlen stellen werde? Ein darauf vom Herrn Oberamtmann Frey und

eingebrachter Antrag: Es möge der Verein aus sich ein Comité erwählen, welches mit der Ausarbeitung eines Parteiprogrammes betraut werde, auch

gleichzeitig Fühlung nehmen möge mit den Vorsitzenden der hiesigen liberalen Parteien, wie auch noch andere bezügliche Anträge riefen eine recht

lebhafte Discussion her. Herr Rechtsanwalt Pauli, sowie noch mehrere

andere Redner hielten es den hierorts gegebenen schwierigen Parteiverhältnissen nicht für unangemessen, wenn die Fortschrittspartei mit der der

Nationalliberalen bei den Wahlen zusammengehen würde. Dagegen traten

wiederum andere Redner, namentlich die Herren Rosenthal und Louis Cohn entschieden gegen einen Compromiß mit der nationalliberalen Partei auf. Schließlich wurde beschlossen, diese Fragen einer demnächstigen größeren

Vereinsversammlung zur Erörterung resp. Entscheidung vorzulegen.

— d. Breslau, 16. Februar. [Breslauer Gewerbeverein.] Im

chemischen Laboratorium auf der Schuhbrücke hielt gestern Abend Prof. Dr.

Poled einen mit zahlreichen Experimenten begleiteten Vortrag über die

chemische Natur explosiver Stoffe, zu dem sich die Mitglieder des

Breslauer Gewerbevereins zahlreich eingefunden hatten. Durch Experimente

zeigte Redner zunächst, wie leicht Chlorstoffsäure und Jodstoffsäure explodieren,

zwei Stoffe, welche in Folge dessen für den technischen Gebrauch völlig

unverwendbar sind. Das explodirende Knallquecksilber ist der Inhalt der

Zündhütchen, deren Verwendung bekannt ist. Ein weiterer explosiver Stoff ist das

Methylnitrat, das, in seiner Fabrikation gefährlich, als fertiges Fabrikat ohne

hörbare Knall abbrennt. Zu den gefährlichen salpeterauten Salzen gehören:

das Nitrolycierin (Dynamit) ist in seiner Darstellung höchst gefährlich. Bei

seiner Zersetzung wird es vollständig vergast. Anfänglich war dieses Fabrikat so

langsam gefährlich, als man es nicht vollständig rein darstellen wußte. Es

brennt ab wie Pulver, es läßt sich bis zu gewisser Stufe schlagen, es explodiert

nicht mit Pulver zusammen. Im festen Zustande kann es zuverlässig

zur Explosion gebracht werden. Aber auch so brennt es ganz unfehlbar ab,

selbst Pulver und Schiebaumwolle sind nicht im Stande das Dynamit zur

Explosion zu bringen, es brennt ruhig ab. Nur das Knallquecksilber im

Zündhütchen und der Stoff von Eisen vermögen eine Explosion des

Dynamits herzubringen. Das Dynamit ist daher unter gewöhnlichen Verhältnissen sehr leicht und ungefährlich zu behandeln und sein Transport

von verschiedenend geringer Gefahr. Weil aber durch grobe Unvorsichtigkeit und Bosheit Explosions des Dynamits hervorgerufen werden

können, erklärt sich Redner gegen den Transport derselben durch Städte.

Nitrolycier (Schiebaumwolle) ist noch widerstandsfähiger als Dynamit.

Dieser Stoff dient zur Füllung der durchbohrten Terpedo's. Feuchte Schiebaumwolle brennt schwerer, getrocknet leichter ab, ohne zu explodieren. Heftiger

Stoß von Eisen auf Eisen bringt Explosion hervor, aber nur der getroffenen

Theile. Knallquecksilber bringt augenbliebliche Explosion her.

Sämtliche genannten Körper sind aber weniger gefährlich als Pulver, weil sie nur unter

ganz bestimmten Bedingungen explodieren. — Stadtbaurat Höpfl sprach dem

Redner für seinen hochinteressanten und belebenden Vortrag den Dank der

Versammlung aus. — Hierauf zeigte Director B. Milch die Bildung des

Kesselfeins, außerdem organische Rückstände, wie sie in Kesseln gefunden

werden, welche nur mit Wasser aus unserem Wasserbehälter gespeist worden

sind. — Professor Dr. Poled zeigte den Anwesenden noch einen Filter-Apparat,

welcher mittels einer durch die Wasserleitung in Thätigkeit gesetzten

Luftpumpe funktionirt. Herr Prof. Dr. Poled hält diesen Apparat für

industrielle Etablissements als höchst empfehlenswert. Ein weiterer Apparat,

welchen Herr Prof. Dr. Poled zeigte, ist eine sogenannte Wasserstrommel,

gleichfalls durch die Wasserleitung in Thätigkeit gesetzt. Dieselbe dient zum

Abdampfen von Löffelkesseln. Auch diesen Apparat kann Redner nur auf's

Wärmste empfehlen.

k. Oppeln, 15. Februar. [Lehrerverein.] In der am 12. d. M.

Monatsgefeleten Sitzung hielt College Blämel einen Vortrag über das Her-

mann-Denkmal in Darmold. Für die nächste Sitzung hat Herr Blämel

wiederum einen Vortrag angemeldet. — Auf Anregung des Vorsitzenden,

Rector Buchali, und des Conferenzvorsteher Bilzer wird in den nächsten

Sitzungen das in der „Bresl. Zeitung“ viel besprochene, von der Königlichen

Regierung zur Bearbeitung für die amtlichen Conferenzen bestimmte Thema

besprochen und die in den letzten Tagen für geringe und beste Sorten angenommen

wurden. In den ersten Tagen die Preise am besten beauptet, obgleich nie

Festigkeit als in letzterer Zeit. Madapollams, Jaconets und Null waren nur

wenig gefragt und Preise sind williger. In Longcloths sind wie gewöhnlich

nur wenig Umfälle gemacht worden. Die Frage nach T-Cloths und Maricans

war beschränkt, wo aber die Produktion beschäftigt ist, sind die Fabrikanten

nicht zu Erwägungen geneigt.

11. Februar. Die Umstände unseres Marktes sind abermals nur von Detail-

umfang gemessen, da die Käufer nur operieren, wo sie Reductionen auf frühere Raten erzielen können.

Das ist aber in der Regel nur schwer möglich, obgleich nie

Producenten in den letzten Tagen mehr Neigung gezeigt haben, sich nach

Ordens umzusehen, besonders wo die Engagements sich ihrer Beendigung

zur Erfüllung der Auslagen und zur Zahlung der Provision bereit ist, ebenso viele gleichwerthe Sachen zu übergeben. Es fehlt an einem Rechtsgrunde, welcher den Committenten berechtigte, im Falle einer solchen vom Commissionär auf eigene Rechnung bewirkten Veränderung den Verkaufs-Erlös für sich in Anspruch zu nehmen. Eine solche Veränderung berührt die rechtliche Lage des Committenten nicht. Dieser behält nach wie vor den bezeichneten persönlichen Anspruch gegen den Commissionär. Hierin wird auch dadurch das der Commissionär dem Committenten die ihm im Artikel 361 des Handelsgesetzbuches zur Pflicht gemachte Anzeige über die Ausführung der Commission erstattet, für sich allein noch nichts geändert, sofern nicht diese Anzeige zugleich eine Erklärung enthält, welche ein stärkeres Recht des Committenten zu begründen geeignet ist. Auch bei einem, den Ein- und Verkauf von Börsenpapieren für fremde Rechnung begorungenen Bankangestellten kommen die angeführten Grundsätze unverändert zur Anwendung. Das die von dem Banquier für fremde Rechnung eingekauften Papiere als "Depot" bezeichnet werden, ist für sich allein nicht von entscheidender Bedeutung, da der Ausdruck "Depot" kein bestimmtes Rechtsverhältnis technisch bezeichnet. Allerdings kann ein solches Depot in einem eigentlichen Depositum übergehen, wenn z. B. der Banquier dem Committenten die Nummern der für ihn eingekauften Papiere anzeigt. (Erkenntnis vom 27. November 1875)

4) Wenn der Director (Vorstand) einer Actiengesellschaft durch unverschuldet Krantheit, sei es auch während langer Zeit, an der Ausübung seiner Funktionen verhindert worden ist, so kann er doch bis zu seiner rechtmäßigen Entlassung den vollen Gehalt fordern und ist nicht verpflichtet, Stellvertretungskosten zu bezahlen, sofern nicht eine besondere Vereinbarung seinem Anspruch entgegensteht. (Erkenntnis vom 30. November 1875.)

Concurs-Großnungen.

Über das Vermögen des Kürschers und Handelsmannes Ernst Cannewurf zu Langensalza. Zahlungseinstellung: 31. Januar c. Einstweiliger Verwalter: Justizrat Siemon. Erster Termin: 22. Februar cr. — Über das Vermögen des Knopfmachers und Nählers Moritz Langer zu Sangerhausen. Zahlungseinstellung: 17. Dezember b. J. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann A. Fricke. Erster Termin: 21. Februar cr. — Über das Vermögen der Handlung J. A. Wüstenfeld u. Co., und deren Inhaber Kaufmann Christian Wüstenfeld zu Blotho. Einstweiliger Verwalter: Hauptagent Saul. Erster Termin: 21. Februar c. — Über das Vermögen des Kaufmanns W. Knoski zu Brone. Zahlungseinstellung: 8. Februar c. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann Hermann Lippmann. Erster Termin: 24. Februar c. — Über das Handelsgesellschafts- und Privatvermögen der Fabrikbesitzer Gottfried Adolph Moritz Mende zu Finsterwalde und Theodor Rudolph Mende zu Werchow, in Firma: G. Mende u. Sohn, mit dem Sitz zu Finsterwalde und der Zweigniederlassung zu Werchow. Einstweiliger Verwalter: Fabrikbesitzer Julius Burdach zu Finsterwalde. Erster Termin: 19. Februar. Über das Vermögen der Dortmunder Brüderenbau-Aktien-Gesellschaft zu Dortmund. Zahlungseinstellung: 10. Februar cr. Einstweiliger Verwalter: Handelsstamme-Sekretär Dröge. Erster Termin: 26. Februar d. J. — Über das Vermögen der Firma Siepmann, Schmidt & Co. zu Hagen. Zahlungseinstellung: 21. Januar cr. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann C. A. M. Wolf. Erster Termin: 25. Februar cr. — Über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Rudloff & Co. zu Sangerhausen und das Privatvermögen der drei Gesellschafter: Kaufmann 98%, Galizier 170%, 1860er Loope 113%. — Österreichisch-deutsche Bank — Otto Rudloff, sowie der Ingenieure Heinrich Stodtmeyer und Gustav Haase in Sangerhausen. Zahlungseinstellung: 21. Januar cr. Einstweiliger Verwalter: Kaufmann August Fricke. Erster Termin: 21. Februar cr.

Berlin, 16. Februar. [Produktenbericht.] Im Terninhandel mit Roggen war es heute sehr still und in den Preisen hat sich nichts verändert. Waare verkaufst sich schwedend und hat sich kaum im Werte bepaupert. — Roggenmehl etwas fester. — Weizen kaum preishaltend und in beschränktem Verkauf. — Hafer loco war leidlich fest. Für Termine ist die überwiegende Kauflust erst zu etwas besseren Preisen befriedigt worden. — Rüböl etwas billiger verkaufst. — Spiritus träge. Preise neigen zum Rückgang.

Weizen loco 175—213 M. pro 100 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer — M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 196—194% M. bez., pr. Mai-Juni 200—199 M. bez., pr. Juni-Juli 204—203 M. bez., pr. Juli-August — M. bez., Gefündigt — Cr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 146—160 M. pro 100 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 147—149 M. bez., polnischer 149%—150% M. bez., östländischer 156—159 M. ab Bahn bez., pr. Januar—Februar 149% M. bez., pr. Febr.—März 149% M. bez., pr. Febr.—Jahr 150—150% M. bez., pr. Mai-Juni 149—148% M. bez., pr. Juni-Juli 149—148% M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. September-October 150—150%—150 M. bez. — Gefündigt 6000 Einr. Kündigungspreis 150% M. — Gerste loco 132—180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 100 Kilogr. loco 135—180 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—173 M., westpreußischer 150—173 M., russischer 150—175 M., pommerischer 165—176 M. bez., mecklenburgischer 165—176 M. bez., böhmischer — M. ab Bahn bez., sächsischer — M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Febr.-Jahr 161—162—161% M. bez., pr. Mai-Juni 162% M. nom., pr. Juni-Juli — M. bez., Gefündigt — Cr. Kündigungspreis — M. — Ersben: Kochware 172—210 M., Futterware 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilogr. Br. untersteuert incl. Sad Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 0: 25,50—24,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M. Nr. 0 und 1: 21,50—19,50 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 20,90—18 M. bez., pr. Februar-März 20,90—85 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 20,95 M. bez., pr. Mai-Juni 21 M. bez., pr. Juni-Juli 21,10 M. bez., pr. Juli-August 21,10 M. bez., Gefündigt — Cr. Kündigungspreis — M. — Delsaaten: Raps — M., Rüben — M. nach Qualität bez., Rüböl per 100 Kilogr. loco ohne Fas 64 M. bez., mit Fas — M. bez., pr. Januar-Februar 64 M. bez., pr. Februar-März 64,5 M. bez., pr. April-Mai 65—64,5 M. bez., pr. Mai-Juni 65,6—65,1 M. bez., pr. Sept.-October 65—64,5 M. bez., Gefündigt — Cr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco — M. bez., — Petroleum loco 29 M. per 100 Kilogr. incl. Fas, pr. Januar-Februar 28 M. bez., pr. Februar-März — M. bez., Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Sept.-October 25 M. Br. — Gefündigt — Cr. Kündigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Fas“ 45 M. bez., mit Fas — M. bez., pr. Januar-Februar 45 M. bez., pr. Februar-März 45,8 M. nom., bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 45,3—47 M. bez., pr. Mai-Juni 47,7—6 M. bez., pr. Juni-Juli 48,7 M. bez., pr. Juli-August 50,3—1 M. bez., pr. August-September 51,3—1 M. bez., pr. October-November — M. bez., Gefündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 45,8 M.

* Breslau, 17. Febr. 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide sehr ruhig, bei stärkerem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, seinstre Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, keine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. 14,00—14,75 bis 16,25 Mark, seinstre Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach gefragt, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer wenig verändert, per 100 Kilogr. 15,00—16,30 bis 17,60 Mark, seinstre über Notiz.

Mais mehr angeboten, per 100 Kilogr. 10,20 bis 11,50 Mark.

Ersben gut behauptet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen blieben vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mark.

Lupinen, nur keine trocknen Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Widen leicht verklärt, per 100 Kilogr. 16,50—17,50—18,50 Mark.

Delsaaten ohne Aenderung.

Schlagslein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlagslein-saat 27 — 25 — 22 25

Winterraps 30 — 29 — 28 —

Winterrüben 29 — 28 — 26 —

Sommerrüben 30 25 29 25 27 50

Leinbohnen 26 — 25 — 24 —

Rapskuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinwachs unverändert, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleefasern in sehr fester Haltung, rather gute Kauflust, pr. 50 Kilogr. 50—56—59—62 Mark, weißer sehr fest, pr. 50 Kilogr. 62—65—74—77 Mark.

Haferfeiner über Notiz.

Thymothee hoch gehalten, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Mehl in gebrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 29,25—30,25 Mark, neu 25,50—26,25 Mark, Roggen fein 25,50—26,50 Mark, Haussboden

24,25—25,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 16. 17.	Nachm. 2 U.	Mittags 10 U.	Morg. 6 U.
Aufstand bei 0°	329°,41	327°,96	328°,44
Aufwärme	+ 4°,2	+ 3°,1	+ 2°,1
Dunstdruck	2°,30	2°,15	2°,11
Dunstättigung	79 v.Pt.	82 v.Pt.	88 v.Pt.
Wind	W. 2	SW. 1	NW. 2
Wetter	bedeut.	trübe, Regen.	wollig.

Breslau, 17. Febr. [Wasserstand] O.-P. 4 M. 32 Em. U.-P. — M. 50 C. Gisland.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wetz, 16. Febr. Das Unterhaus nahm den Gesetzesvorschlag über die Inaktivierung der Verdienste Deaks in die Gesetzbücher des Landes und die Errichtung eines Monumentes zu Ehren Deaks im Wege der Nationalsubscription an.

Athen, 16. Febr. Der Proces gegen die Minister Nicolopoulos und Valassopoulos hat heute begonnen. Das Specialgericht verwirft die Einsprüche und erklärt sich für competent. Es beginnt das Zeugenverhör.

(Aus L. Hirsch's Telegr.-Bureau.)

Konstantinopel, 16. Febr. Die Krankheit des Sultans ist noch nicht vollständig gehoben; derselbe fühlt sich noch sehr schwach. — Der Großvezier ließ die Garnison von Konstantinopel verstärken, um für alle Fälle die Ruhe aufrecht zu erhalten.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 16. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course]

Londoner Wechsel 204, 37, Pariser Wechsel 81, 22, Wiener Wechsel 176, 35.

Böhmisches Weißbahn 158, — Elisabethbahn 142%, Galizier 170, Frankf. 253, Lombarden 98%, Nordwestbahn 120%, Silberrente 64%, Papierrente 60%, Russ. Bodenrechte 85%, Russen 1872 98%, Russ. Anleihe 82 — Amerikaner de 1885 102%, 1860er Loope 113%, 1864er Loope 296, 50, Creditactien 154, Nationalb. 769, 00, Darmstäd. B. 110%, Brüsseler Bank — Berliner Bankverein 76%, Frankf. Bankverein —, dfo. Wechslerbank 77, Deutsch-Österreichische Bank 90%, Meininger Bank 95, Habs. Effectenbank —, Reichsbank 159%, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 98, Oberösen 72%, Ungarische Staatsloose —, Schwyzer alte 93%, do. neue 91%, Central-Pacific 92%, Türken —, Schw. 93%, do. neue 91%, Deutsche Vereinsbank 72, fest, aber still.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 154%, Franzosen 253%, Sonderden 98%, Galizier 170%, 1860er Loope —, Österreichisch-deutsche Bank —.

* Per medio resp. per ultimi.

Hamburg, 16. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course] Hamburger St.-P. A. 116%, Silberrente 64%, Credit-Actien 154%, Nordwestbahn —, 1860er Loope 113%, Franz. 631, Lombarden 246, Ital. Rente 71%, Kreisbank 119%, Laurahütte 56, Commerzbank 89%, dfo. II. Crédit —, Norddeutsche 126, Provincial-Disconto —, Anglo-deutsche 56%, do. neue —, International Bank 85, Amerikaner de 1885 96, Köln-Münchner St.-A. 97, Rheinische Eisenbahn do. 115%, Bergisch-Märkische do. 80%, Disconto 3 v.Pt. — fest.

Hamburg, 16. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course] Hamburger St.-P. A. 116%, Silberrente 64%, Credit-Actien 154%, Nordwestbahn —, 1860er Loope 113%, Franz. 631, Lombarden 246, Ital. Rente 71%, Kreisbank 119%, Laurahütte 56, Commerzbank 89%, dfo. II. Crédit —, Norddeutsche 126, Provincial-Disconto —, Anglo-deutsche 56%, do. neue —, International Bank 85, Amerikaner de 1885 96, Köln-Münchner St.-A. 97, Rheinische Eisenbahn do. 115%, Bergisch-Märkische do. 80%, Disconto 3 v.Pt. — fest.

Hamburg, 16. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course] Hamburger St.-P. A. 116%, Silberrente 64%, Credit-Actien 154%, Nordwestbahn —, 1860er Loope 113%, Franz. 631, Lombarden 246, Ital. Rente 71%, Kreisbank 119%, Laurahütte 56, Commerzbank 89%, dfo. II. Crédit —, Norddeutsche 126, Provincial-Disconto —, Anglo-deutsche 56%, do. neue —, International Bank 85, Amerikaner de 1885 96, Köln-Münchner St.-A. 97, Rheinische Eisenbahn do. 115%, Bergisch-Märkische do. 80%, Disconto 3 v.Pt. — fest.

Hamburg, 16. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course] Hamburger St.-P. A. 116%, Silberrente 64%, Credit-Actien 154%, Nordwestbahn —, 1860er Loope 113%, Franz. 631, Lombarden 246, Ital. Rente 71%, Kreisbank 119%, Laurahütte 56, Commerzbank 89%, dfo. II. Crédit —, Norddeutsche 126, Provincial-Disconto —, Anglo-deutsche 56%, do. neue —, International Bank 85, Amerikaner de 1885 96, Köln-Münchner St.-A. 97, Rheinische Eisenbahn do. 115%, Bergisch-Märkische do. 80%, Disconto 3 v.Pt. — fest.

Hamburg, 16. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course] Hamburger St.-P. A. 116%, Silberrente 64%, Credit-Actien 154%, Nordwestbahn —, 1860er Loope 113%, Franz. 631, Lombarden 246, Ital. Rente 71%, Kreisbank 119%, Laurahütte 56, Commerzbank 89%, dfo. II. Crédit —, Norddeutsche 126, Provincial-Disconto —, Anglo-deutsche 56%, do. neue —, International Bank 85, Amerikaner de 1885 96, Köln-Münchner St.-A. 97, Rheinische Eisenbahn do. 115%, Bergisch-Märkische